
Frank Bösch

Jenseits des Milieus?

Die gesellschaftliche Verankerung der CDU/CSU



Dr. Frank Bösch, geb. 1969 in Lübeck, studierte Geschichte, Politikwissenschaft und Germanistik in Hamburg und Göttingen, und ist seit 1998 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Seminar für Mittlere und Neuere Geschichte der Universität Göttingen. Er ist Autor von zahlreichen Publikationen zur Parteienforschung.

Kein Zweifel: Die CDU/CSU konnte sich im Wahljahr 2002 wieder erstaunlich gut positionieren. Die neuartig starken politischen Stimmungsschwankungen, die ihr 1998 zu schaffen machten, kamen ihr nun zugute. Dabei profitierte sie nicht allein von den schlechten Wirtschaftsdaten und den Krisen der SPD. Sie zehrte vielmehr auch von ihrer unerwartet großen Geschlossenheit und ihren großzügigen Wahlversprechen.

Die bisherige Berg- und Talfahrt der Umfragedaten bedeutet aber auch, dass die neue Stärke der Union nicht lange anhalten muss. Angesichts der Globalisierung werden politische Erfolge in der wahlentscheidenden Wirtschaftspolitik immer weniger kalkulierbar. Für zukünftige Wahlen wird deshalb weiterhin entscheidend sein, ob die Parteien trotz der allgemeinen MilieuroSION dauerhafte gesellschaftliche Bindungen zu ihren Stammwählern suchen; sei es durch eine gezielte Politik, durch organisatorische Anstrengungen oder durch Kampagnen. Eine „Kampa“ oder ein „Kompetenzteam“ alleine garantieren dagegen noch keinen Erfolg.

Mittlerweile scheint allerdings fraglich, welche gesellschaftlichen Bindungen die Parteien in der Mediendemokratie noch besitzen. In der SPD lamentiert man seit langem darüber, dass das gewerkschaftliche Vorfeld seine einstige politische Prägekraft verloren habe. Die CDU/CSU hatte dagegen nie eine nennenswerte Gewerkschaftsbindung. Während in Italien, Belgien oder den Niederlanden auch nach 1945 recht starke christliche Gewerkschaften die christdemokratischen Parteien unterstützten, gingen diese in Deutschland bekanntlich in der Einheitsgewerkschaft auf.¹ Die gesellschaftliche Verwurzelung der Union stützte sich

¹ Vgl. Wolfgang Schroeder, *Katholizismus und Einheitsgewerkschaft: Der Streit um den DGB und der Niedergang des traditionellen Sozialkatholizismus in der Bundesrepublik bis 1960*, Bonn 1992; zu den Gewerkschaftskontakten in den Nachbarländern vgl. Hans-Joachim Veen (Hrsg.), *Christlich-demokratische und konservative Parteien in Westeuropa*, 5 Bde., Paderborn 1983 bis 2000.

stattdessen auf ihr kirchliches Vorfeld, die bürgerlich geprägte Vereins- und Verbandswelt und ihre innerparteilichen Vereinigungen. Was ist davon geblieben?

Das hohe „C“ und die kirchlichen Bindungen

Der Streit um Katherina Reiches Aufnahme in Stoibers „Kompetenzteam“ im Juli 2002 zeigte erneut, welche große Rolle die kirchlichen Prägungen in der CDU/CSU weiterhin spielen. Sie zu ignorieren, wäre grundfalsch. Denn immerhin beruhten die jahrzehntelangen Unionserfolge im hohen Maße auf der Verbindung zum kirchlichen Vorfeld, insbesondere zum Katholizismus. Obwohl die Geistlichen seit den 1960er-Jahren kaum noch direkte Wahlempfehlungen aussprachen und die kirchliche Vereinswelt an Bedeutung verlor, prägt sie bis heute Mentalität und Wertvorstellungen vieler katholischer Wähler. Insbesondere die seit den 1970er-Jahren immer wieder aufflammende Abtreibungsdebatte festigte das Bündnis zwischen der Partei und kirchennahen Katholiken. Allen Säkularisierungsschüben zum Trotz: Wäre es allein nach den Katholiken gegangen, hätte die Union selbst 1998 nahezu die absolute Mehrheit behalten. Die kirchennahen Christen bevorzugten die Union weiterhin noch deutlich häufiger. Das gilt auch für die gläubigen Protestanten. Allerdings blieb das Verhältnis zwischen der Union und der protestantischen Kirche von Beginn an wesentlich lockerer. In den 1950er-Jahren gab es Spannungen über die Wiedervereinigungspolitik, seit den sechzigern in der Ostpolitik, und in den achtziger Jahren trübte die Debatte über die Abrüstung, die Entwicklungshilfe und die Atompolitik ihre Beziehung. Dementsprechend wechselten die Protestanten wesentlich leichter die Parteien, insbesondere dann, wenn sie nicht eng mit der Kirche verbunden waren.²

Seit den neunziger Jahren ist nun jedoch auch das Verhältnis zwischen der katholischen Kirche und der CDU/CSU stärker getrübt. Vor allem drei Konfliktherde lassen sich ausmachen. Erstens flammte eine Debatte um die Abtreibungs- und Familienpolitik der Union auf, als im Zuge der Wiedervereinigung einige Christdemokraten um Rita Süßmuth liberalere Positionen vertraten. Zweitens kam es zu Kontroversen über die Sozialpolitik der Union. Insbesondere die seit Mitte der 1990er-Jahre vorgenommenen Kürzungen und die hohe Arbeitslosigkeit führten zu Protesten beider Kirchen. Zu einem dritten Konfliktbereich entwickelte sich schließlich die Gentechnik, nachdem sich Teile der Union für eine Erweiterung der Diagnose- und Forschungsmöglichkeiten ausgesprochen hatten. Zudem wurde der Dialog zwischen Kirche und Partei unter Helmut Kohl recht nachlässig geführt.³ Unter Angela Merkel hat sich die Union weiter von einigen katholischen Positionen entfernt. Ihr familienpolitisches Programm von 1999 stellte nicht mehr die Ehe, sondern die Sorge um Kinder in den Mittelpunkt.⁴ Eine erneute Revision des Paragraphen 218 vermied die Partei. Merkels persönliche Biografie setzte ebenfalls Akzente: Mit ihr trat eine Vorsitzende an die Spitze, die eben nicht nur Ostdeutsche, Frau und Protestantin war (wie stets betont wurde), sondern auch geschieden war und zunächst ohne Trauschein in einer festen Partnerschaft lebte. Katherina Reiches Ernennung zu Stoibers familienpolitischer Kompetenzfrau unterstrich damit nur in erweiterter Form, was Merkel einleitete.

2 Vgl. Frank Bösch, *Macht und Machtverlust. Die Geschichte der CDU*, Stuttgart/München 2002, bes. S. 191-239.

3 Vgl. etwa Karl Lehmann, „Es ist Zeit, an Gott zu denken“. Ein Gespräch mit Jürgen Hören, Freiburg 2000, S. 104.

4 Vgl. Beschluss des Bundesparteiausschusses: *Lust auf Familie - Lust auf Verantwortung*, 13.12.1999; aufgenommen in: *Leistung und Sicherheit. Zeit für Taten. Regierungsprogramm CDU/CSU 2002/2006*.

Dennoch sollte man sich von diesen medienwirksamen Akzenten nicht täuschen lassen. Insgesamt ist nicht zu erkennen, dass sich die Union in Zukunft stärker von den Kirchen und ihren christlichen Positionen lösen wird. In fast allen Grundsatzfragen hat sie sich 2001/02 nicht allein von dem Blick auf die Wechselwähler lenken lassen, sondern die Anliegen ihrer kirchlich gebundenen Kernwähler ernst genommen. So fand ihre zunächst gespaltene Bundestagsfraktion in der Gentechnik zu einem gemeinsamen Beschluss, der den kirchlichen Vorstellungen recht nahe kam. In der Familienpolitik unterstrich sie mit ihrem Kampf gegen die rechtliche Stärkung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften, dass sie der klassischen Ehe weiterhin die höchste Priorität einräumt. Und trotz der PISA-Studie steht sie Ganztagschulen weiterhin sehr verhalten gegenüber, da diese die klassische Familie bedrohen würden. Vorstöße in diese Richtung, etwa von Jürgen Rüttgers, treffen in der CDU/CSU auf ein entsprechend verhaltenes Echo. Stattdessen versucht sie, ihre Kernwählerschaft mit ihrem Einsatz für den Erhalt des Religionsunterrichtes zu mobilisieren. In der Sozialpolitik hat sie aus den Fehlern der Jahre vor 1998 gelernt. Auch Stoiber setzt im Wahlkampf 2002 auf einen gesellschaftlichen Ausgleich, der nicht mehr an das Schlagwort von der „sozialen Kälte“ erinnern soll, das einst auch die Kirchen zu Protesten anregte. Zudem kommt der Union zugute, dass die Debatten um die Entwicklungshilfe und die Abrüstung aus dem öffentlichen Raum verschwunden sind. Freilich bleibt die Zuwanderungsfrage, insbesondere das Nachzugsalter von Kindern, ein wichtiger Streitpunkt zwischen Partei und Kirche. Ansonsten hat die Union mit Stoiber einen Spitzenkandidaten, der in seiner Politik immer wieder deutlich gemacht hat, dass er für die Stärkung christlicher Positionen eintritt. Insbesondere das bayrische Beharren auf Kreuzfixe in den Schulen setzte hier entsprechende Maßstäbe.

Es sind hauptsächlich diese symbolischen Kämpfe um Ehe, Schule und Familie, mit denen die Union und ihre Vorläuferparteien seit dem 19. Jahrhundert immer wieder ihre christliche Verankerung unterstrichen. In der Programmatik und in öffentlichen Reden der Christdemokraten nimmt dagegen der Bezug auf das Christentum nur einen geringen Stellenwert ein. Die einleitenden Verweise auf Gott in ihrem Grundsatzprogramm sind eher die Ausnahme. Hier besteht eine gewisse Angst, mit expliziten Glaubensbekenntnissen jene Wähler zu verschrecken, die Religion stärker als Privatsache betrachten. Aber immerhin führte insbesondere die Genforschungsdebatte dazu, dass die CDU-Wertekommission Ende November 2001 eine Schrift namens „Die neue Aktualität des christlichen Menschenbildes“ veröffentlichte, die sich um eine aktuelle Interpretation ihres christlichen Menschenbildes bemühte, das sie als eine „Balance zwischen Freiheit und Verantwortung“ umschrieb. In Zukunft dürfte die Diskussion über die muslimische Zuwanderung die C-Debatte der Union zusätzlich fördern.

Von der Parteienforschung wird heutzutage vielleicht zu oft übersehen, dass Parteien nicht allein wahltaktische Gebilde sind, die ihre Fähnchen beliebig nach den Wechselwählern hin ausrichten können und wollen. Diese Annahme überschätzt nicht nur die Steuerungsfähigkeit von Großparteien, sondern unterschätzt auch deren ethische Grundlagen. Innerhalb der CDU/CSU hat das C nach wie vor eine echte Leitfunktion. Insbesondere in den süddeutschen und westlichen Landesverbänden spielt der Glaube weiterhin eine große Rolle. Immerhin benennen fast zwei Drittel der CDU-Mitglieder die Religion als den „tragenden Grund ihres Lebens“. 28 Prozent ihrer Mitglieder sind zugleich in religiösen Vereinen Mitglied.⁵ Im Norden und Osten sind die Landesverbände zwar deutlich weniger religiös

5 Wilhelm P. Bürklin u.a., Die Mitglieder der CDU, Interne Studie Nr. 148/1997 der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin 1997, S. 30 und 42.

geprägt. Aber auch hier sind die Mitglieder und unteren Aktivisten deutlich kirchenverbundener als der Rest der Bevölkerung. Auch wenn aus wahltaktischen Gründen manche Liberalisierung in der Familienpolitik denkbar wäre, wird sie an der Basis nur schwer durchzusetzen sein. Und obwohl die Zahl der gläubigen Kirchenmitglieder ebenso sinkt wie die der aktiven Gewerkschafter, rekrutieren sich hieraus weiterhin die engagierten Meinungsführer, die die Parteien an der Basis tragen.

Trotz abnehmender Kirchenbindungen scheint die Zukunft der CDU/CSU also weiterhin auch in ihrem christlichen Wertesystem zu liegen. Im Moment zehrt sie noch davon, dass selbst im Osten ein Großteil ihrer Anhänger aus religiös geprägten Elternhäusern stammt. Immerhin drei Viertel der Mitglieder berichten von einer derartigen Herkunft. Probleme wird die CDU/CSU freilich mit den nächsten Generationen bekommen können, denen selbst diese christliche Prägung durch die Eltern fehlt. Dann könnten sich auch im Westen Wechselstimmungen einstellen, wie wir sie bisher nur aus den neuen Bundesländern kennen, wo allein die Milieupartei PDS stabile Wahlergebnisse erzielen kann.

Für zukünftige CDU-Anhänger, die keinerlei christliche Sozialisation erfahren haben, wird der Begriff „christlich“ vor allem mit „bürgerlichen“ Werten übersetzt werden. Die belgischen Christdemokraten haben aus dieser Entwicklung bereits im Frühjahr 2002 radikale Konsequenzen gezogen: Die Parti Social Crétien nennt sich nun Centre Démocrate Humaniste, wobei Humanismus auch programmatisch das Christliche ersetzt.⁶ Die Union wird aus guten Gründen am C festhalten. Aber sie wird ebenfalls nach neuen Begriffen suchen, um das C zu interpretieren. „Freiheit und Verantwortung“ weisen in diese Richtung.

Vereine und Verbände

Jedem politisch Aktiven ist das Ritual bekannt: Besonders vor Wahlen müssen die lokalen Vereine und Verbände abgeklappert werden. Die Medien übertragen zumindest die Auftritte der überregionalen Begegnungen zwischen Politik und Verbandswelt. Dennoch ist die Bedeutung dieser Wähleranbindung in der Parteienforschung bisher kaum untersucht worden. Allein in historischer Perspektive wissen wir, welche große Rolle die Vereinswelt auch für den Aufstieg der bürgerlichen Parteien spielte. Schützenvereine, Handwerksverbände oder Heimatvereine garantierten lokal oft jene soziale Vergemeinschaftung. Erst ab den 1970er-Jahren übernahmen die nun ausgebauten Parteiorganisationen deren Arbeit.⁷ Noch heute sind CDU-Mitglieder wesentlich häufiger zugleich in traditionellen Vereinen aktiv, etwa im Gesangs- oder Heimatverein.⁸

Wie bei den Kirchen hat natürlich auch die Mitgliederzahl bei den traditionellen Vereinen stark abgenommen. Ebenso hat die Union ihre einstmals recht exklusive Stellung in zahlreichen Verbänden und Vereinen verloren. Dennoch wäre es zu voreilig, wenn man hieraus schließen würde, dass sie in Zukunft keine politische Rolle mehr spielen. Bauern-, Vertriebenen- oder Handwerksverbände sind für die CDU/CSU weiterhin eine wichtige Stütze. Während deren Spitzenfunktionäre in Politik und Wahlkampf eingreifen, organisieren ihre lokalen Aktivisten weiterhin scheinbar unpolitische Kommunikationssituationen, die die Union begünstigen können.

6 Vgl. die Homepage <http://www.psc.be>

7 Vgl. auch Frank Bösch, *Das konservative Milieu. Vereinskultur und lokale Sammlungspolitik in ost- und westdeutschen Regionen (1900-1960)*, Göttingen 2002.

8 Bürklin, *Mitglieder*, S. 42.

Auch die Spitzenverbände der Wirtschaft bleiben trotz der oft beschworenen Annäherung der Parteien wichtige Vorfeldorganisationen der CDU/CSU. Ihre Medienpräsenz, aber auch ihre Finanzstärke machen sie weiterhin zu bedeutsamen Partnern. 1996/97 bemängelten zwar Spitzenfunktionäre wie der BDI-Chef Hans-Olaf Henkel oder der Präsident des DIHT durchaus den zu sozialen Kurs der Union.⁹ Unmittelbar vor der Wahl 1998 stellten sie sich allerdings wieder klar hinter Kohls Regierung. In einer gemeinsamen Erklärung kritisierten die wichtigsten Verbände direkt Gerhard Schröder und betonten: „Die deutsche Wirtschaft hält die Fortsetzung des von der Regierungskoalition eingeschlagenen Reformkurses für richtig und notwendig“. Ein optimistischer Hinweis auf den bevorstehenden Aufschwung und auf die Schaffung von 500 000 Lehrstellen und Arbeitsplätzen vor der Wahl ergänzte dies.¹⁰ Ein ähnlicher Tenor begleitete bisher auch den Wahlkampf 2002, obwohl in der Zuwanderungsfrage Differenzen bestehen.

Ebenso sind die Freizeitvereine nicht völlig von der Bildfläche verschwunden. Allen pessimistischen Beschwörungen zum Trotz ist die heutige Gesellschaft eben nicht heillos individualisiert. Vielmehr ist laut Umfragen fast die Hälfte der Bundesbürger in Vereinen organisiert, und ein Drittel davon gibt sogar an, zu den ehrenamtlichen Helfern zu gehören.¹¹ Da die Sportvereine den größten Zulauf haben, sehen besonders die ostdeutschen Christdemokraten in ihnen ein zukunftssträchtiges Vorfeld. „Wir müssen in die Sportvereine, die karitativen Organisationen und in den Posaunenchor“, hieß es etwa in einem Strategiepapier der CDU Mecklenburg-Vorpommern vom 8./9. Mai 1999. Nicht zufällig stehen daher führende Unionspolitiker großen Fußball- und Sportvereinen vor. Der mecklenburgische Landesvorsitzende Eckhardt Rehberg machte sich etwa als Präsident von Hansa Rostock einen Namen, der ehemalige Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, Christoph Bergner, war Präsident des SV Halle, und der neue sächsische Vorsitzende Georg Milbradt ernannte mit Hermann Winkler sogleich einen Generalsekretär, der nebenamtlich den Landessportbund führte. Ebenso garantierte dem Kandidaten Edmund Stoiber der Dauerplatz bei Bayern München (neben Ehepaar Beckenbauer) eine medial ausgestrahlte Verbindung mit der regionalen Vereinswelt. Sicherlich kann weder Stoiber noch die Union insgesamt diese Vereinswelt exklusiv für sich beanspruchen. Von einem Milieu lässt sich hier nicht einmal ansatzweise sprechen. Aber dennoch ist erkennbar, dass die Parteien weiterhin unterschiedliche Vereinstypen schwerpunktmäßig nutzen, um langfristige emotionale Bindungen zu schaffen. Insofern sollte man zumindest vorsichtig sein, wenn man die seit den 1920er-Jahren beschworene Individualisierung, kommerzielle Massenkultur und den Rückkehr in die Privatsphäre prognostiziert.

Die innerparteiliche Integration sozialer Gruppen

Die CDU/CSU war von Beginn an eine Volkspartei, die in sich sozial unterschiedliche Gruppen organisierte. Um den innerparteilichen Spagat zwischen Protestanten und Katholiken, zwischen Arbeitern, Beamten und Unternehmern, zwischen Jugend, Frauen und Flüchtlingen zu meistern, etablierte sie frühzeitig Vereinigungen. In diesen recht unabhängigen Zusam-

9 dpa 29.10.1997 und 13.12.1997.

10 Die Welt 10.3.1998; SZ 7.4.1998.

11 Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.), *Freiwilliges Engagement in Deutschland. Ergebnisse der Repräsentativerhebung 1999 zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement*, Stuttgart 2000.

menschlüssen konnten die einzelnen sozialen Gruppen eigene Positionen entwickeln und eigene Repräsentanten auswählen. Per Proporz erhielten sie dann Ämter und Mandate in der Gesamtpartei. Die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft, die Mittelstandsvereinigung, der Evangelische Arbeitskreis, die Junge Union oder die Frauen-Union gehören zu den bekannten Organisationen, die den gezielten Kontakt zwischen den einzelnen Gesellschaftsgruppen und der Partei sichern sollen. Derartige Vereinigungen sollte man tatsächlich ernst nehmen. Denn wie auch international vergleichende Studien unterstreichen, hängt der Erfolg einer Partei immer noch stark von diesem Organisationspotenzial ab.¹²

Inwieweit werden die Vereinigungen der CDU/CSU den aktuellen Herausforderungen noch gerecht? Viele dieser Organisationen sind Kinder der Nachkriegszeit und für die heutige Gesellschaft nicht mehr recht passend. Das gilt insbesondere für den Evangelischen Arbeitskreis oder die Vertriebenenvereinigung. Aber auch bei den anderen Vereinigungen gibt es seit dem letzten Jahrzehnt auffällige Veränderungen und neue Herausforderungen, die sie nur schwer bewältigen können. So verlor die Arbeitnehmervereinigung CDA seit den späten achtziger Jahren deutlich an Einfluss. Während sie in den achtziger Jahren noch in der Regierungspolitik einige Modifizierungen durchsetzen konnte, blieb sie in den neunziger Jahren auffällig kraftlos.¹³ Ihr bis 1993 amtierender Vorsitzender Ulf Fink wurde von Kohl ausgegrenzt, sein indirekter Nachfolger Rainer Eppelmann galt dagegen als so loyaler Gefolgsmann, dass die CDA kaum noch eigenständig in Erscheinung trat. Nach dem Regierungsverlust war die CDA zwar zunächst unter dem neuen Vorsitzenden Hermann-Josef Arentz wieder etwas präsenter, insbesondere in der von Merkel angestoßenen Programmdebatte. Seit Stoibers Kandidatur rutschte die CDA aber wieder in die Versenkung. Ihr Mitgliederstand sank trotz der Wiedervereinigung auf unter 25 000 und konzentriert sich weiterhin auf die rheinisch-katholischen Gebiete, in denen einst schon die Zentrumspartei die katholischen Arbeiter organisierte. In den neuen Bundesländern konnte sie dagegen keine Netzwerke aufbauen. Neue Zukunftsperspektiven, um die Arbeitnehmer der Dienstleistungsgesellschaft über eine derartige Vereinigung zu integrieren, sind nicht zu erkennen. Nötig ist die CDA aber dennoch, um das innerparteiliche Gleichgewicht zum Wirtschaftsflügel zu bewahren.

Eine markante Transformation durchlebte auch die Frauen-Union. Während die CDA stetig an Bedeutung verlor, wurde die Frauenvereinigung erst in den 1980er-Jahren zum Leben erweckt. Insbesondere durch Rita Süßmuths Engagement gelang es in einem mühseligen Prozess, 1996 das so genannte Quorum durchzusetzen. Im ersten Wahlgang schreibt es einen Frauenanteil von einem Drittel vor, im zweiten Wahlgang ist dies nicht mehr erforderlich. Tatsächlich hat sich seitdem in den Vorständen der Frauenanteil deutlich erhöht. Spitzenämter (Landesvorsitz, Schatzmeister, Fraktionsvorsitze) gingen jedoch weiterhin an Männer. Den Prestigegewinn, den Angela Merkels Wahl zur Parteivorsitzenden versprach, dürfte Stoibers Ernennung zum Kanzlerkandidaten geschmälert haben.

Trotz der Einführung des Quorums scheint die gesellschaftliche Einbindung der Frauen weiterhin auf Probleme zu stoßen. Insbesondere in der Bundestagsfraktion ist der Frauenanteil mit knapp 20 Prozent immer noch der mit Abstand geringste aller Parteien. Ihr Anteil an den CDU-Parteimitgliedern ist mit einem Viertel ebenfalls nicht gewachsen; in der CSU beträgt er sogar nur 17,6 Prozent (2001). In den neuen Bundesländern, wo aus der Block-CDU

12 Vgl. Thomas Poguntke, Parteiorganisationen im Wandel. Gesellschaftliche Verankerung und organisatorische Anpassung im europäischen Vergleich, Wiesbaden 2000, S. 259.

13 Reimut Zohlnhöfer, Die Wirtschaftspolitik der Ära Kohl. Eine Analyse der Schlüsselentscheidungen in den Politikfeldern Finanzen, Arbeit und Entstaatlichung 1982-1998, Opladen 2001.

heraus der Frauenanteil besonders hoch war, sind vor allem die Frauen aus der CDU ausgetreten. Bei den Wahlen hat die Union kontinuierlich an Frauenstimmen eingebüßt. Die Erosion der Kirchenbindung schlug sich damit gerade bei Frauen nieder, die traditionell immer überwiegend für die christlichen Parteien stimmten. Insbesondere junge und höher qualifizierte Frauen entschieden sich seit den achtziger Jahren seltener für die Union. Gerade einmal 28 Prozent der ehemaligen Gymnasiastinnen wählten etwa 1998 die Christdemokraten. Unter den kommunikationsstarken Meinungsführerinnen wird die Union somit zunehmend schlechter vertreten sein. Langfristig muss sich selbst die erfolgsverwöhnte CSU überlegen, ob sie ihren bislang extrem niedrigen Frauenanteil nicht anhebt. Die Frauen-Union als Organisation kann diese Defizite zurzeit nicht recht bewältigen. Der Süßmuth-Nachfolgerin und stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Maria Böhmer gelang es nicht, in der Frauen-Union einen neuen Aufbruch einzuleiten. Rita Süßmuth sagte einst, „Ziel der Frauen-Union ist, dass es sie irgendwann einmal nicht mehr geben muss.“ Zurzeit muss es sie offensichtlich weiterhin geben, um die weibliche Bevölkerungshälfte stärker in die CDU/CSU zu integrieren.

Schwierig erscheint auch die Ausgangssituation der Jungen Union (JU). Allorts wird zwar in der Öffentlichkeit beklagt, dass die Jugend sich nicht mehr für Politik interessiere. Und trotz ihres hohen Engagements können die Jugendverbände der Parteien die meisten Jugendlichen nicht integrieren. Dennoch wäre auch hier ein übermäßiges Lamentieren unangebracht. Insgesamt haben die Jugend- und Studentenorganisationen prozentual weniger Mitglieder verloren als ihre Mutterparteien. In einigen Landesverbänden verzeichnen sie sogar Zugewinne. Als vorbereitendes Karrieresprungbrett, aber auch als Diskussionsraum, der durchaus kritisch gegenüber der eigenen Partei sein kann, sind die Junge Union und der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) offensichtlich weiterhin attraktiv. Seit den späten neunziger Jahren kann sich die Union zudem Hoffnung machen, bei den jüngeren Wählern etwas zuzulegen. Die Wahlergebnisse und die Umfragen zur Parteiidentifikation der Jugend deuten diesen Trend an, der allerdings auf einer empirisch kleinen Fallzahl beruht. Ebenso kommt die Werteorientierung der jungen Generation der CDU entgegen. Sie ist wesentlich optimistischer, leistungsbewusster, unpolitischer und familienorientierter als die postmaterialistische Protestgeneration der siebziger und achtziger Jahre, was der Union zugute kommen dürfte.¹⁴ Auch wenn die JU als Vereinigung sicherlich bestehen bleiben wird, muss selbst sie sich vermutlich umstrukturieren. Insbesondere ihre Altersgrenze von 35 Jahren, die im Falle eines Amtes sogar noch überschritten werden kann, erscheint angesichts der zunehmend früheren Karrieren in Politik und Wirtschaft als zu hoch.

Insgesamt zeigt der Blick auf die christdemokratischen Gesellschaftsbindungen, wie sehr sich das Vorfeld der Union seit den neunziger Jahren geändert hat. Deutlich wurde aber zugleich, dass man weder von einer neuen Bindungslosigkeit noch von einem radikalen Wandel sprechen kann. Die CDU/CSU konnte vielmehr ihre Beziehungsnetze stabilisieren, die in den neunziger Jahren zu erodieren schienen. Das gilt für ihr Verhältnis zum kirchlichen Vorfeld, zur Vereins- und Verbandswelt und zumindest für einzelne Vereinigungen. Insofern ist noch nicht ausgemacht, dass sich ihre Gesellschaftsbindungen in den alten Bundesländern ähnlich lockern wie in den neuen Bundesländern, wo die Wahlergebnisse bereits entsprechend stark schwanken.

14 Vgl. Umfragen in: Deutsche Shell (Hrsg.), Jugend 2000, Bd. 1, Opladen 2000, S. 13-21 und 265-271.